

Grundeinkommen – das Element einer freien Gesellschaft

Streitschrift für eine neue Sozialpolitik

Dies ist eine Streitschrift nicht *gegen* etwas, sondern *für* eine Idee. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger ist nicht neu, sie hat viele Anhänger und findet bei prominenten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern sowie weitsichtigen Politikern aus fast allen politischen Lagern Zustimmung. Verwunderlich ist nur, warum diese Idee trotz Plausibilität und Machbarkeit noch nicht verwirklicht wurde.

Eine scheinbar paradoxe Aussage sei an den Anfang gestellt: Das Grundeinkommen ist in Deutschland in vielen Teilbereichen bereits verwirklicht, ohne daß darüber gesprochen wird. Nur ist diese Realität mit bürokratischem Aufwand verbunden, wird je nach politischer Interessenlage ausgezahlt und ist obrigkeitstaatlich organisiert. Da gibt es Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Studenten- und Ausbildungsförderung, Zuschüsse an die Rentenkassen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Beihilfen für Bergbau, Landwirtschaft und andere Fördermaßnahmen sowie diverse Zuschüsse für neue Arbeitsplätze. Diese Aufzählung zeigt schon, welch ein Gestrüpp an Sozialgesetzen und Regelungen wir geschaffen haben, einen unübersichtlichen, teuren und verkrusteten Sozialstaat. Nach vorsichtiger Schätzung ergeben alle diese staatlichen Leistungen etwa 5000 Euro pro Jahr und Kopf der gesamten deutschen Bevölkerung, was schon jetzt einem Grundeinkommen entspräche!

Ein Wort des großen Psychoanalytikers Erich Fromm zeigt deutlich auf, daß ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht nur wirtschaftlich vorteilhaft wäre, sondern einen Fortschritt für unsere Kulturentwicklung bedeuten könnte: «Das garantierte Einkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort ›Freiheit‹ eine Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzeltes Prinzip bestätigen, daß der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben. Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung und so weiter ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft ›von Nutzen‹ ist.»¹

Das Grundproblem ›Arbeitsmarkt‹

Allgemein bezeichnet man einen Markt als einen Ort des Handels, in dem ein variables Angebot einer variablen Nachfrage gegenübersteht, so daß sich eine angemessene Preisbildung vollziehen

kann. Beim sogenannten Arbeitsmarkt steht aber eine schwankende Zahl von Arbeitsplätzen einem relativ gleichbleibenden Potential von Anbietern von Arbeitsleistungen gegenüber, Menschen also mit konstanten materiellen Bedürfnissen.

Eine Möglichkeit, das Angebot an Arbeitskräften variabel zu gestalten, wäre eine Zu- oder Abwanderung von Arbeitskräften. Einerseits wäre dies eine langfristige Angelegenheit, andererseits menschlich und wirtschaftlich mehr als problematisch. Eine weitere Lösung dieses Problems, bei Verknappung der Arbeitsplätze die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen, ist ebenso problematisch, weil die materiellen Bedürfnisse relativ konstant bleiben, so daß dann an anderen Stellen nach Arbeit und Einkommen gefragt wird, was den Druck auf den ›Arbeitsmarkt‹ wiederum erhöht.

Statt die Arbeitszeit zu verkürzen, fährt man zurzeit sogar eine gegenteilige Strategie, nämlich Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich. Das mag kurzfristig für Unternehmen und den ›Standort Deutschland‹ Wettbewerbsvorteile bringen, schafft aber keine neuen Arbeitsplätze, sondern höchstens größere soziale Ungleichgewichte.

Die Tendenz einer Verknappung von Arbeitsplätzen, auch aufgrund von Automatisierung und Rationalisierung, verfestigt sich immer mehr. Daß das seit Jahrzehnten magere Wirtschaftswachstum neue Arbeitsplätze schaffen könnte, hat sich längst als Illusion entpuppt. In dieser Situation wird langfristig der

Durch ein garantiertes Grundeinkommen kommt ein freiheitliches Element auch in die Wirtschaftspolitik hinein, es schafft für den Bürger Lebenssicherheit sowie Chancengleichheit und baut eine ausufernde Sozialbürokratie radikal ab.

Diese Streitschrift will keine theoretische Abhandlung sein, sondern zur Tat auffordern. Es gilt, eine breite Öffentlichkeit zu überzeugen und auf demokratischem Wege eine neue Sozialpolitik zu verwirklichen.

›Arbeitsmarkt‹ staatlich subventioniert und reglementiert werden müssen. Auch eine noch so rigide Streichung von Zuwendungen an die Arbeitslosen wird keine neuen Arbeitsplätze schaffen, höchstens in der ›Schattenwirtschaft‹.

Begründung und Definition eines garantierten Grundeinkommens

Das Grundgesetz zählt Leben und körperliche Unversehrtheit zu den unveränderlichen Grundrechten und sowohl das Sozialstaatsgebot wie auch das Eigentumsrecht, das auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll, sind juristische Begründung genug für ein garantiertes Grundeinkommen aller Bürger.

Es soll definiert werden als eine vom Gemeinwesen garantierte und unpfändbare finanzielle Zuwendung an alle Bürger. Nach einem Mindestbedarf müßte sie berechnet werden, vergleichbar mit der heutigen Sozialhilfe. Kinder und Heranwachsende sollten abgestuft nach ihren Bedürfnissen alimentiert werden. Auch ein Anteil für den Krankenkassenbeitrag, der dann einheitlich sein wird wie bei jeder normalen Versicherung, ist vorzusehen.

Klar definiert werden muß, welche Bürger Anspruch haben, wie im Ausland lebende Bürger des Staates und ausländische Mitbürger zu behandeln sind. Auch ein garantiertes Grundeinkommen wird nicht alle Probleme aus der Welt schaffen, und wir brauchen weiterhin Regelungen und Sozialgesetze insbesondere für alte, kranke und behinderte Menschen.

Insbesondere die Tatsache, daß leistungslose Einkommen wie Zinsen und Renditen enorm wachsen werden, während Einkommen aus Erwerbsarbeit immer weiter abnehmen, wird uns zum Umdenken zwingen. Sicher wird auch die Steuergesetzgebung verbessert werden müssen. Eckpunkte sind der Wegfall aller Subventionen und Sonderleistungen, eine stärker nach Bedarf und Nutzwert orientierte (dreistufige) Verbrauchssteuer, eine stärkere Besteuerung leistungsloser Einkommen und die Reduzierung der Besteuerung aus Arbeitseinkommen, damit Arbeit nicht bestraft wird. Das komplizierte Steuerrecht wird durch ein Grundeinkommen entscheidend vereinfacht.

Auswirkungen

In vielen Bereichen ist der Mensch auf die Hilfe des Gemeinwesens angewiesen. Selbstverständlich wird jedem Kind Kindergeld gezahlt, ein Pauschalbetrag an alle Kinder, der übrigens unbestritten

ist. Es gibt für besondere Lebenslagen diverse Unterstützungen, aber jedesmal ist der Bürger Bittsteller des Staates, notfalls muß gerichtlich ein Anspruch erkämpft werden.

Nur noch etwas über 40 Prozent der Bevölkerung beziehen heute ein echtes Arbeitseinkommen. Durch ein Grundeinkommen findet die Arbeit im Haushalt endlich auch finanzielle Anerkennung, was insbesondere Frauen zugute kommt, und Familienstrukturen können sich freier entwickeln als bisher. Viele Arbeitsfelder, kulturelle und künstlerische Aktivitäten, in Landschaftspflege und Ökologie, in der Altenpflege und in der Hilfe für behinderte Menschen, werden gefördert. Insgesamt ist ein freieres kulturelles Klima zu erwarten. Wer als Politiker mehr Lebensqualität verspricht, hat mit dem Grundeinkommen ein gutes Instrument anzubieten.

Psychologische Hemmnisse

«Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.» Dieser Ausdruck einer inhumanen Gesinnung trifft immer nur die armen Mitmenschen, merkwürdigerweise nicht diejenigen, die von Geburt an oder durch Glück zu Reichtum gekommen sind und deshalb nicht zu arbeiten brauchen. Auf der anderen Seite jedoch ist das Verständnis für die Schwächeren in unserer Gesellschaft gewachsen. Selbstverständlich ist es geworden, Schwerbehinderten einen ausreichenden Lebensunterhalt zuzubilligen.

«Leistung muß sich lohnen» lautete ein politischer Slogan der letzten Jahre, und die Idee des Grundeinkommens scheint dem zu widersprechen. Das Vorurteil, nur das Geld würde die Menschen zur Arbeit motivieren, ist tief verwurzelt. Hier sei jedoch R.K. Sprenger zitiert, ein prominenter Wissenschaftler und Unternehmensberater: «Alle psychologischen Studien bestätigen: Wenn Menschen mit Belohnungen für eine Aufgabe gewonnen werden, verlieren sie schnell das Interesse, werden unzufrieden und erbringen geringere Leistungen als jene, die eine Aufgabe ohne versprochene Belohnung übernehmen. Der Grund: Sie handeln nicht, weil sie es für sinnvoll halten, sondern weil eine Belohnung ihnen diesen Sinn «ersetzt».»²

Der Bereich ehrenamtlicher Arbeit, der von immer mehr Menschen ergrif-



Grundversorgung durch Grundeinkommen?

Foto: Kiez-Web-Team Klausenerplatz

fen wird, zeigt die gegenteilige Tendenz in schöner Weise. Nicht Leistungs-zwang, sondern der Gedanke «Ich bekomme vom Gemeinwesen etwas geschenkt, nämlich ein Grundeinkommen, darum schenke ich etwas zurück» wird das gesellschaftliche Klima positiv verändern.

Sogenannte «Drückeberger» und Menschen, die sich unsozial verhalten, wird es immer geben. Diese Menschen wird man auch nicht durch Zwang dazu bringen, sich anders zu verhalten. Dafür bietet unser heutiger Sozialstaat genügend Schlupflöcher, beispielsweise durch Verstecken von Kapitalvermögen und Schwarzarbeit. All das schafft eine neidische und verlogene Stimmung in der Bevölkerung. Und ein Grundeinkommen wird aus fleißigen Menschen nicht plötzlich Faulenzer machen. Arbeitslosigkeit gilt trotz finanzieller Absicherung immer noch als großes Unglück.

Wirtschaftliche Aspekte

Das Argument, das Grundeinkommen könne die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft schwächen, insbesondere, wenn diese Maßnahme nur national eingeführt würde, bedarf einer genaueren Betrachtung.

Die Lohnkosten des Betriebes werden sinken, da das Grundeinkommen bei Arbeitnehmern einen Sockelbetrag darstellt. Das erhöht die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Auch die Wirtschaft klagt über die Regelungswut des Staates, wie sie sich zum Beispiel in der Debatte über eine «Ausbildungsabgabe» zeigte. Bezieht der Auszubildende ein Grundeinkommen, führt das zu einer Entlastung für den Ausbildungsbetrieb.

Sicherlich wird sich die Einstellung zur Arbeit ändern und nach mehr Teilzeitarbeit nachgefragt. Auch werden partnerschaftlichere Unternehmenskul-

turen entstehen. Es wird aber niemandem verwehrt, mehr zu arbeiten und mehr Geld zu verdienen. Die Tarife werden weiterhin frei ausgehandelt. Die Effektivität des sozialen Systems und die Lebenssicherheit und Zufriedenheit der arbeitenden Menschen sind nicht zu unterschätzende Standortfaktoren.

Die zurzeit schwache Binnenkonjunktur zeigt, daß die Menschen wegen des Abbaus von Sozialleistungen, Kürzungen im Renten- und Gesundheitssystem Zukunftsängste haben und massiv sparen. Diese Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen.

Politische Widerstände

Daß sich diese Idee noch nicht durchgesetzt hat, mag zum einen daran liegen, daß die Zeit noch nicht reif gewesen ist und der Druck zur Veränderung der Verhältnisse noch nicht groß genug. Andererseits verhindern die Passivität der Bürger und die verbreitete Mentalität «Die da oben machen sowieso, was sie wollen» eine durchgreifende Reform unseres Sozialstaates.

Insbesondere scheint die Angst vor Machtverlust bei Politikern, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung stark zu sein, wird doch der einzelne Bürger unabhängiger von staatlicher Willkür und von Interessengruppen. Bei diesen Eliten ist aber aufgrund ihrer Kreativität und Leistungsfähigkeit nicht zu befürchten, daß ausgerechnet dieser Personenkreis arbeitslos wird.

Ernst Ullrich Schultz

Ernst Ullrich Schultz, geboren 1947 bei Hamburg, als zehntes Kind einer sozial engagierten Mutter, Vater Studienrat. Realschule und Lehre in einer Druckerei. Berufstätigkeit als Gebrauchsgrafiker. Engagiert bei der Gründung der Waldorfschule Elmshorn. Mit 45 Jahren sozialtherapeutische Ausbildung in Wuppertal. 12 Jahre bei «ZusammenLeben e.V.» als Betreuer und in der Öffentlichkeitsarbeit. Journalistisch tätig unter anderem bei der NNA. Kontakt: eus@eusidee.de.

¹ Erich Fromm: *Das garantierte Grundeinkommen – Entwicklung und Perspektiven einer Forderung*, Frankfurt am Main 1986, S. 20.

² R.K. Sprenger: *Konzepte für Deutschland IV, Wider das Opferbewußtsein*, in: «a-tempo», Juni 2004, S. 17.